



Medienmitteilung 3.12.2013

Grüne begrüßen Neustart bei der Polizei

Mit Schreiben vom 21.11.2013 haben wir Ihnen die unten stehende Stellungnahme der Grünen zugestellt.

Heute wurden via Pressekonferenz und Live-Stream die Ergebnisse der Administrativuntersuchung Sollberger betreffend die Luzerner Polizei, die Umsetzung der bisher angeordneten Massnahmen sowie weitere Beschlüsse des Regierungsrates und des Justiz- und Sicherheitsdepartementes einer breiteren Öffentlichkeit präsentiert.

Die Regierung hat den Schlussbericht einer politischen Gesamtwürdigung unterzogen. Bezogen auf unsere Forderungen vom 21.11.2013 kommen wir zu den *unten stehend kursiv eingefügten Einschätzungen*.

Medienmitteilung vom 21.11.2013

Die Liste der Verfehlungen ist lang, die Vorwürfe gemäss den durchgesickerten Ergebnissen des Schlussberichts sind happig. Der Bericht gipfelt offenbar in der Frage, ob noch genug Vertrauen vorhanden sei, um die Zusammenarbeit mit dem Polizeikommandanten fortzuführen und empfiehlt der Regierung aus personalrechtlicher Sicht eine Abmahnung.

An der Regierung und der zuständigen Kommission AKK liegt es nun, den Schlussbericht einer politischen Gesamtwürdigung zu unterziehen.

Aufgrund der Faktenlage richten wir Grüne bereits zum jetzigen Zeitpunkt die folgenden acht Forderungen an die Adresse der Regierung und der zuständigen Kommission:

1. Der Untersuchungsbericht Sollberger ist zu veröffentlichen. Die Persönlichkeitsrechte und der Datenschutz sind zu gewährleisten.

Es liegt uns ein vierseitiger Auszug der Zusammenfassung vor. Wir Grünen sind damit nicht zufrieden und betonen einmal mehr die hohe Notwendigkeit, das Öffentlichkeitsprinzip im Kanton Luzern endlich einzuführen. Die vielen Indiskretionen gerade in diesem Fall wären nicht passiert, wenn der Kanton Luzern wie 19 andere Kantone die gesetzlichen Grundlagen geschaffen hätte. Es sollte normal sein, dass solche Berichte in geeigneter, transparenter Form öffentlich sind. Es ist beim eingeschlagenen Tempo nicht unwahrscheinlich, dass der Kanton Luzern der letzte Schweizer Kanton sein wird, welcher das Öffentlichkeitsprinzip einführt.

2. Der bisherige Kommandant muss aufgrund des gestörten Vertrauensverhältnisses zurücktreten.

Wir nehmen das Resultat der politischen Gesamtwürdigung und die Einschätzung des bisherigen Kommandanten zur Kenntnis.

3 Der Neuanfang folgt im Sinne einer Organisationsentwicklung und wird von einer erfahrenen Person (BeraterIn/Coach) begleitet.

4 Ein Strategieprozess analog zur Zürcher Polizei ist einzuleiten. Es gilt die strikte Weisung keine Gewalt und kein Rassismus. Die Menschenrechte sind zwingend einzuhalten (Ethikvereinbarung, Kodex).

Bezüglich der Forderungen 3 und 4 nehmen wir zur Kenntnis, dass die Reorganisation mehr als nur neue Stellenbeschreibungen umfassen soll und eine eigentliche Strukturen-, Zuständigkeits- und Ablaufplanung umfasst. Für diese Organisationsentwicklung halten wir an der Forderung nach einer externen Begleitung fest.

5 Das Korps wird interimistisch geführt. Dabei soll auf eine erfahrene Person, die nicht im Kanton Luzern wohnt, zurück gegriffen werden.

Eine Neuausschreibung muss innert nützlicher Frist (max. 3 Monate) erfolgen.

6 Der ganze Prozess wird eng durch den Regierungsrat begleitet.

7 Es soll keine Kompetenzverschiebung stattfinden (Kommandant ist Dienststellenleiter und behält alle Kompetenzen wie die andern Dienststellenleitenden in der Kant. Verwaltung). Allenfalls erhält das politisch zuständige Regierungsratsmitglied ein Vetorecht bei der Besetzung der GL-Stellen.

Prozess ist aufgegleist

8 Die erweiterte AKK-Subgruppe bleibt im Amt und dient als Echoraum und Begleiterin des Prozesses im Namen der Luzerner Bevölkerung.

Wir Grünen sind der Meinung, dass die zuständige Kommission nicht nur der Regierung (unter Berufung auf das Kantonsratsgesetz), sondern als kantonsrätliche Kommission ebenso dem Parlament und der Öffentlichkeit eine Form von Rechenschaft über ihre Arbeit abgeben soll. Wir fordern, dass das Parlament nach Abschluss der Untersuchung durch die AKK in geeigneter Form ebenfalls einen Bericht über die Resultate der AKK erhält.

Rückfragen aufgrund beruflicher Abwesenheit an:

Michael Töngi, Sprecher Grüne (079 205 97 65) oder Katharina Meile, Vize-Fraktionspräsidentin (076 547 58 87, bis 17 Uhr)